

(A) **Präsident:** Ich bitte, solche Zwischenrufe zu unterlassen.

Abgeordneter Dr. Seyfert (fortfahrend): Wir finden den Ausgleich darin — —

(Unruhe.)

Das schadet nichts, meine Herren, ich habe Zeit.

(Zwischenrufe.)

Wir finden den Ausgleich darin, daß der Landtag selbst, daß wir als Abgeordnete selbst in der Lage sind, über diese Dinge pflichtgemäß mitzusprechen.

(Sehr richtig! in der Mitte.)

Kein Arbeiter des privatwirtschaftlichen Betriebes ist in dieser Lage. Und wir wünschen, daß, wenn bei den Staatsarbeitern berechnigte Klagen bestehen, diese an den Landtag kommen. Das geschieht ja auch in reichem Maße, und Sie werden uns nicht vorwerfen können, daß wir uns dann der Dinge nicht angenommen hätten. Die Sonderstellung der Eisenbahner, des Staatsarbeiters überhaupt, macht es meiner Ansicht nach überflüssig, ihnen das Streikrecht zu gewähren.

(B) Ich möchte noch eins hinzufügen: Derjenige, der in den Staatsbetrieb als Arbeiter eintritt, der weiß davon, und ich bin fest überzeugt, daß ein großer Teil der Eisenbahnarbeiter nicht damit einverstanden ist, daß man dieses Recht unter allen Umständen erzwingen will, auf das sie freiwillig erst verzichtet haben. Meine Herren! Ich glaubte, Ihnen eine klare Antwort schuldig zu sein: Wir lehnen das Streikrecht für die Eisenbahnstaatsarbeiter ab. Weil aber in dem Antrage Castan Wünsche liegen, die innerhalb der gezogenen Grenzen erfüllt werden können, so sind wir zur Mitarbeit bereit, darum stimmen wir auch dem zu, daß der Antrag zu einer Beratung an eine Deputation überwiesen wird.

(Bravo! in der Mitte.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Günther.

Abgeordneter Günther: Meine sehr geehrten Herren! Im wesentlichen schließe ich mich den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Seyfert an, insbesondere aber voll und ganz dem, was er über die Fürsorge für unsere Beamten und Arbeiter im Eisenbahnbetriebe dargelegt hat.

Wenn in dem vorliegenden Berichte gesagt wird, daß sich unsere Eisenbahnen in dem uns plötzlich auf-

gezwungenen Kriege in jeder Hinsicht bewährt haben, so schließen wir uns dieser wohlverdienten Anerkennung ohne jede Einschränkung an.

(Sehr richtig!)

Die hervorragenden Leistungen waren nur möglich, weil der Betrieb der deutschen Eisenbahnen schon seit Jahren nach einheitlichen Grundsätzen und Anordnungen erfolgte. Meine Herren! Es hat sich hier gezeigt, daß sich unter der jetzigen Organisation der deutschen Eisenbahnen Großes leisten ließ; mehr wäre wohl auch meiner Überzeugung nach bei einer sogenannten Reichseisenbahngemeinschaft nicht möglich gewesen, für die erst kürzlich — worauf auch heute der Herr Finanzminister v. Seydewitz hinwies — im Preussischen Abgeordnetenhaus von der preussischen Regierung keinerlei Neigung befundet wurde. Meine Herren! Ich nehme gern Anlaß, der königlichen Staatsregierung sowohl wie ihren Beamten und Arbeitern im Eisenbahnbetriebe für die während der Kriegszeit geleistete Arbeit, die etwas Glänzendes darstellt, unseren Dank auszusprechen.

(Bravo!)

Im Bericht nimmt man Bezug auf die Fahrkartensteuer, da die Abwanderung der Fahrgäste eine Verminderung der Einnahmen herbeigeführt hat. Wir haben schon bei Beratungen in früheren Landtagen diese Tatsachen bemängelt, und wir haben auch schon, meine Herren, im Laufe der Jahre die Erfahrung zu machen gehabt, wie auch aus dem Berichte hervorgeht, daß eine wesentliche Änderung bezüglich der Abwanderung nicht eingetreten ist. Dieser Vorschlag zeigt uns, wie man Gesetze nicht machen soll,

(Abgeordneter Dr. Dietel: Sehr richtig!)

und bei der jetzt vom Reiche vorgeschlagenen Erhöhung der Fahrkartensteuer, des Portos usw. wird man wohl Ähnliches erleben.

(Abgeordneter Dr. Heinze: Sehr wahr!)

Auf S. 23 wird der Antrag meines Fraktionskollegen, des Herrn Abgeordneten Koch erwähnt, der die Gewährung einer Entschädigung an das Fahrpersonal für Überstunden forderte. Das königliche Finanzministerium hat sich nun, wie man ersehen kann, zustimmend erklärt. Wir nehmen davon gern dankend Kenntnis.

Meine Herren! Auf S. 40 wird dagegen ein Wunsch, der von dem Herrn Abgeordneten in der Finanzdeputation A zum Ausdruck gebracht worden